

Michael K

Neunkirchen, 16.05.2014

Michael K

An Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin

Betr.: Einspruch gegen die geplante Stromtrasse Ost – Süd im NEP 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die geplante Stromtrasse möchte ich einen fristgemäßen Einspruch erheben. Sie ist nicht nur umweltschädlich und gesundheitsgefährdend, sondern auch ökonomisch sinnlos und entspricht nicht der politisch geforderten umweltgerechten Energiewende. Wir lehnen sie daher komplett ab.

Ich möchte folgende Argumente anbringen:

Die Stromtrasse ist möglicherweise gesundheitsgefährdend, da die verwendete Technologie noch nicht auf ihre Verträglichkeit geprüft wurde. Dies in einem Experiment an uns Bürgern einfach auszuprobieren ist unerträglich!

Das Thema gesundheitliche Beeinträchtigung wird in der Planungsausführung nach wie vor ignoriert, es ist nicht in der Sensitivitätsanalyse enthalten. Zur Reduktion der potentiellen Gesundheitsbelastung könnte eine Erdverkabelung eingesetzt werden. Darüber werden aber keine Aussagen in der Planungsausführung getroffen.

Zudem gibt es bis jetzt in Ihrer Planung keinen ausgewiesenen Mindestabstand zwischen der Stromleitung und bewohnten Gebieten oder besonders schutzbedürftigen Gebieten.

Ganz konkret ist dies hier in der Gemeinde Neunkirchen am Sand: Der Korridor der Stromtrasse führt über Ortsteile von Neunkirchen (OT Speikern), direkt durch die Ortsteile Kersbach und Weißenbach und über einen Kinderspielplatz beim OT Speikern.

Dies widerspricht dem Versprechen der Firma Amprion, nicht neben oder über öffentlichen Spielplätzen zu planen.

Das örtliche Wasserschutzgebiet mit unserem Trinkwasserbrunnen und das an den Ort angrenzende Naturschutzgebiet werden ebenfalls durchquert. Dies ist ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in den Landschafts- und Naturschutz. Trinkwasser könnte verunreinigt werden. Große Bestände an Wald müssten auch in unserem Gemeindegebiet gerodet werden.

Die Stromtrasse entspricht nicht der grünen Energiewende, die von der Politik geplant und von den Bürgern eingefordert wird, da über die Stromtrasse kaum regenerative Energien, sondern hauptsächlich Kohlestrom transportiert werden soll, eine der umweltschädlichsten Energien überhaupt! Wir wehren uns auch gegen Pläne, über die Stromtrasse eine Anbindung an den europäischen Markt und billigen Atomstrom aus unseren östlichen Nachbarländern zu bekommen. Wir wollen stattdessen auf regenerativen, regional und ökologisch erzeugten Strom setzen.

Unsere Gemeinde, die zu einem großen Teil von der schönen Natur lebt, sowohl als Naherholungsgebiet mit Tourismus, als auch als Wohngebiet, verliert durch die gesundheitsgefährdende und Landschaft zerstörende Stromtrasse an Attraktivität. Wer will schon unterhalb einer Starkstromtrasse Urlaub machen? Wir sind uns sicher, dass durch

diese Trasse unsere Gemeinde für den Zuzug junger Familien, wie auch die Ansiedlung neuer Firmen, deutlich unattraktiver wird, was zu unabsehbaren, langfristigen Konsequenzen der Gemeindeentwicklung

führt. Langfristig werden viele Bürger fortziehen, was dazu führt, dass die öffentlichen Aufgaben, wie Müllabfuhr, Wasserkosten und Straßenbau auf die verbleibenden Bürger verteilt werden müssen.

Die hiesigen Landwirte haben erhebliche negative Auswirkungen zu befürchten:

Wer will das von den örtlichen Bauern angebaute Gemüse essen, das dann ebenfalls belastet sein könnte? Dafür reicht schon allein das Verdachtsmoment.

Durch die Stromtrasse werden unsere Häuser deutlich weniger wert sein, wenn überhaupt noch verkaufbar. Über eine Entschädigung der Eigentümer ist im NEP nichts zu lesen.

Die zu erwartenden Kosten der Trasse stehen in keinem rechtfertigbaren Verhältnis zu dem erhofften Nutzen im Vergleich zu einer dezentralen Energieversorgung, die der gewünschten Energiewende entspricht.

Durch den Stromtransit tragen wir, die betroffenen Bürger der Gemeinde Neunkirchen am Sand, und unsere Gemeinde die Lasten der Energiewende überproportional, was den Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsatz der deutschen Verfassung verletzt.

Es gilt auch die grundsätzliche Anfälligkeit einzelner Leitungen gegen Terrorismus und andere Ausfallgründe gegenüber einer dezentralen Stromversorgung mit neuronalen Netzwerkaufbauten, die aus sich selbst heraus bereits stabil, redundant und somit wenig angreifbar sind.

Aus all diesen Gründen erheben wir Einspruch gegen die Süd/Ost Trasse und werden uns als einzelne Bürger und über unseren Bürgerverein massiv dagegen wehren.

Wenn die Notwendigkeit der Gleichstrompassage Süd/Ost dennoch von unabhängigen Gremien festgestellt sein sollte und realisiert wird, dann fordern wir:

– den Trassenverlauf entlang vorgeschädigter Flächen (z.B. durchgehend an Autobahnen oder Bahnlinien)

– Erdverkabelung in sensitiven Bereichen, wo Wohngebiete zu nahe (näher als 1 km) kommen

– eine angemessene Entschädigung der Eigentümer zu den marktüblichen Preisen zum Zeitpunkt vor der Stromtrassenplanung.

Die Energiewende ist ein Projekt der gesamten Gesellschaft: Höhere Kosten wie durch Verkabelung müssen alle Bürger tragen. Nur so ist gesellschaftliche Akzeptanz im Sinne der Äußerung von Sigmar Gabriel, „die Menschen bei der Energiewende mitzunehmen“ zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael K. 